

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 12. Juni 2008

Antrags-Nr. 08-F-25-0076

Ziele der Integrationsvereinbarung umsetzen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 -

Vorbemerkung:

In § 7, Abs. 10 der „Vereinbarung zur gemeinsamen Förderung der Integration durch Zusammenarbeit“ verpflichtet sich die Stadt Wiesbaden, sich dafür einzusetzen, dass in Kliniken und anderen Einrichtungen, in denen eine seelsorgerische Betreuung üblich ist, Mitglieder der verschiedenen Wiesbadener islamischen Gemeinden zur seelsorgerischen Betreuung zugelassen werden.

Probleme bei der Umsetzung ergeben sich dabei unter anderem durch das Fehlen von Strukturen und Personal auf Seiten der muslimischen Gemeinden und Vereinen. Hinzu kommen nicht immer ausreichende sprachliche und institutionelle Kenntnisse, die den Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen zusätzlich erschweren.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat, die Integrationsabteilung des Einwohner- und Integrationsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden bei dem Vorhaben das Projekt „MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden“ einzurichten.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt mit der Zielsetzung des Projektes überein, damit der Aufbau einer institutionalisierten, kultursensiblen muslimischen Seelsorge mit Unterstützung von dafür qualifizierten Laienhelfern durchgeführt werden kann.

Deshalb begrüßt die Stadtverordnetenversammlung die dazu eingereichte Bewerbung zur finanziellen Unterstützung beim Europäischen Integrationsfonds und bittet den Magistrat im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Integration über den Stand der Bewerbung zu berichten. Der Magistrat wird gebeten nach dem Bescheid der Europäischen Union ein Finanzierungskonzept vorzulegen, das die Einrichtung und Durchführung des Projektes „MUSE - Muslimische Seelsorge in Wiesbaden“ sicherstellt.

Beschluss Nr. 0316

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.06.2008 betr.

Ziel der Integrationsvereinbarung umsetzen

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .06.2008

•
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat VII
Dr. Müller
Oberbürgermeister